

# Demokratie als Lebensform?

*Besprechung von Till van Raden: Demokratie – eine gefährdete Lebensform, Frankfurt am Main 2019: Campus-Verlag, ISBN 978-3-593-51134-4*

Die liberale Demokratie scheint nicht mehr selbstverständlich, sondern in vieler Hinsicht gefährdet zu sein. Von innen durch zurückgehende Wahlbeteiligung, den Erfolg von populistischen Parteien, durch die zunehmende Zersplitterung des öffentlichen Diskurses in den Blasen sozialer Medien und – nicht zuletzt – durch den Rückgang des Engagements in Parteien und politischen Vereinigungen. Von außen zeigen Länder wie China, dass wirtschaftlicher Fortschritt, Wohlstand und Reduzierung von Armut auch ohne freiheitliche Demokratie gelingen. Die Wahlverwandtschaft von Marktwirtschaft, Wohlstand, Rechtsstaat und Demokratie scheint nicht so unverbrüchlich wie man das lange angenommen hat.

Till van Raden, der einige Zeit an der Frankfurter Universität gearbeitet hat und nun als Historiker an der Universität Montreal lehrt, zeigt in seiner kleinen Aufsatzsammlung, dass Demokratie nur als Staatsform nicht angemessen verstanden ist. Sie ist immer auch verknüpft mit einer „Lebensform“, das heißt mit Werthaltungen, Überzeugungen und Selbstverständlichkeiten im sozialen Miteinander der Menschen, die die Demokratie als formales System von Rechten und Entscheidungsmechanismen erst tragen und mit Leben füllen.

Zur Demokratie gehört in diesem Sinne nicht nur die Regelung formaler Entscheidungsprozesse, also freie und gleiche Wahlen, das Mehrheitsprinzip und das Prinzip der Verleihung von Macht nur auf Zeit. Es gehört dazu auch, die Rechte der in Abstimmungen unterlegenen Minderheiten zu achten, nicht „durchzuregieren“ und Macht stets so auszuüben, dass künftig eventuell veränderten Mehrheiten nicht die Möglichkeit geraubt wird, die Verhältnisse in ihrem Sinne neu zu gestalten.

Auch ein gesundes Verhältnis zum Dissens, zum Streit und zur Differenz sollte man als Element der Lebensform Demokratie erkennen, wie man bei van Raden lernen kann. Er bezeichnet es als ein „deutsches Missverständnis“, den Konflikt stets dem Bedürfnis nach Gemeinschaft, Konsens und Gleichheit untergeordnet zu haben. Der Staats- und Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat diesem besonderen, deutschen Zugang zur Demokratiefrage in einem Vortrag im Jahr 1964 in seiner inzwischen als „Böckenförde-Diktum“ kanonisierten These Ausdruck gegeben. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, sagte er und verwies auf ein Mindestmaß von Homogenität in den Werthaltungen der Bevölkerung, ohne das die Demokratie auf Dauer nicht überlebensfähig sei. Für Böckenförde waren es christliche Werte, die auch in säkularen Gesellschaft fortwirken und der gemeinsame historische Erfahrungshintergrund der Bevölkerung in einem weitgehend national gedachten Rahmen. Ohne solche Elemente der Gemeinschaft könne der politische Konflikt stets zur Auflösung der Akzeptanz demokratischer Spielregeln und zur Selbstdestruktion dieser Staatsform führen.

Es ist klar, dass in einer Zeit, in der die Gesellschaft sich pluralisiert, in der angesichts von Migration sehr unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen und Lebenswelten vielfältiger werden, auch in Frage steht, ob die Voraussetzung für die Stabilität von Demokratie im Sinne von Böckenförde noch gegeben ist. Die Bindungskräfte, die er in den sechziger Jahren in den Blick nahm, können heute ganz offenkundig nicht mehr ungebrochen unterstellt werden. Folgt man Böckenförde, stünde die Demokratie damit in einem zunehmenden Risiko.

Till van Raden wählt einen anderen Zugang zum Demokratieproblem. Er nennt den Rekurs auf Gemeinschaft und Konsens ein „deutsches Missverständnis“ und verweist auf die angelsächsische Denktradition, die Ungleichheit, Differenz und Streit ungleich gelassener als Modus von Vergesellschaftung anerkennt als die deutsche Tradition.

Nicht Gemeinschaft, nicht „bürgerliche Eintracht“, sondern die zivilisierte Organisation der „ungeselligen Geselligkeit“ einer offenen Gesellschaft, in der das „Recht auf Anderssein“ im Hinblick auf Herkunft, Kultur, sexuelle Orientierung und Lebensstil verbürgt ist, sei die zentrale Aufgabe eines demokratischen Rechtsstaates. Eine These, der man zustimmen kann. Die Frage, ob allein dies schon den für die Demokratie auch notwendigen Zusammenhalt in der Gesellschaft herstellt, bleibt damit allerdings noch unbeantwortet. Gerade in den letzten Monaten konnte man in den USA, teilweise auch in Großbritannien, beobachten, welchen Gefahren die Demokratie in einer Gesellschaft ausgesetzt sein kann, die auseinandergedriftet und in der sich die verschiedenen sozialen Lager nicht mehr verstehen.

Insofern ist zumindest der Ausgangsbefund des Böckenförde-Diktums festzuhalten. Die Demokratie lebt nicht nur aus sich selbst heraus, sondern muss im Leben der Menschen in irgendeiner Form wirksam und nachhaltig fundiert sein. Und dies ist etwas, was der Demokratie vorausgesetzt ist und in der Lebenspraxis der Menschen immer wieder regeneriert werden muss. Demokratie muss, wenn sie nicht untergehen soll, täglich gelebt werden. Nur wie?

Till van Rahden geht dieser Frage in drei historischen Betrachtungen nach. Berichtet wird von den Umständen und den Folgen eines bedeutsamen Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichberechtigung von Mann und Frau aus dem Jahr 1959, bei dem Erna Scheffler als erste Frau in diesem höchsten Gericht wohl entscheidend mitgewirkt hat. Den in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts entstandenen „Kinderläden“ ist ein weiteres Kapitel gewidmet. Schließlich nimmt sich van Rahden das Schicksal eines Hallenbades in der Stadt Offenbach vor, das Anfang der 1990er Jahre aufgrund der Finanznot der Kommune abgerissen wurde. Aber nicht die Finanznot alleine, sondern auch eine chronische Missachtung des Werts öffentlicher Güter drücke sich in der Entscheidung aus, das Hallenbad durch ein privates Hotel zu ersetzen, so der Befund dieser sich auf relativ sparsame Archivrecherchen stützenden kleinen Studie. Dass die klamme Kommune die durch den Verkauf des nur noch wenig genutzten Hallenbades gewonnenen Mittel in die dringende Sanierung von Schulen umleitete, hätte eine etwas gründlichere Recherche nämlich auch zu Tage gebracht.

Aber auch wenn man diesen konkreten Fall in der historischen Perspektive anders beurteilt, wird man van Rahden doch darin zustimmen, dass die mangelhafte Pflege öffentlicher Infrastruktur und die Abwertung öffentlicher Räume auch zu einer Geringschätzung der Demokratie und ihrer Institutionen führen kann.

Es wird in den kleinen Fallstudien erkennbar, wo die Sympathien und die politischen Präferenzen des Autors liegen. Er sieht in der Überwindung traditioneller Rollenbilder der Geschlechter demokratischen Fortschritt, er favorisiert Vielfalt und Differenz und er ist für Umverteilung und einen „starken Steuerstaat“, der es nicht nötig hat, Hallenbäder zu schließen. Ob dies schon die gesuchte Lebensform Demokratie ist, bleibt allerdings offen. Haben Kinderläden wirklich zur Weiterentwicklung der Demokratie geführt? Kann es nicht vernünftige Gründe geben, einen kommunalen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen? Ist es nicht Ausdruck demokratischer Stärke, in kritischen Situationen auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen? Hier macht es sich der Autor etwas einfach. Es ist keineswegs ausgemacht, dass ein Staat, der hohe Steuern erhebt, damit auch das für die Erwirtschaftung der Steuern erforderliche Wirtschaftswachstum generieren und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie nachhaltig sichern kann. Kann so sein, bedürfte aber gründlicherer Erwägungen.

Man begibt sich mit dem Postulat einer demokratischen Lebensform möglicherweise auf ebenso glattes Eis wie mit dem Postulat einer Konsensgemeinschaft. Der Versuch, eine solche Lebensform zu beschreiben, kann sehr schnell abgleiten in die Anmaßung, bestimmte Positionen in Sachfragen, etwa der Frage der Umverteilung von Wohlstand oder der Befür-

wortung von Immigration, seien nicht nur dies, sondern Ausdruck einer demokratischen Haltung, die sich genau durch diese Positionen von einer die Demokratie gefährdenden Haltung unterscheidet. Man vermischt so politische Sachfragen mit Grundsatzfragen. Das kann schnell in einem fundamentalistischen Tunnelblick enden, der das Spektrum zulässiger Auffassungen immer mehr einengt. Sicher mit den besten Absichten, im Ergebnis aber doch der Offenheit demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse widersprechend.

Wenn man eine demokratische Lebensform fassen will, dann ist es nicht „politische Korrektheit“, sondern es ist Gelassenheit im Streit, Respekt auch vor Meinungen, die man ablehnt, die nie abschließbare Bemühung, auch sehr unterschiedliche Haltungen und Auffassungen in ihrem jeweils eigenen Recht zu verstehen und nach Kompromissen zu suchen, etwa in dem man ein Hallenbad abreißt und dafür eine Schule neu baut.

OF, 10.01.2021

Matthias Schulze-Böing